

## Warten auf eine Einigung in Palästina

### *Ein düsteres Bild der Zukunft Jerusalems*

wat. In der ersten Juniwoche ist in Jerusalem an einer von der palästinensischen Menschenrechtsorganisation LAW veranstalteten Konferenz über die Zukunft der Heiligen Stadt debattiert worden. Das von den Rednern entworfene Bild war mehrheitlich düster. Der Direktor von LAW, Khader Shkirat, sprach von Jerusalem als dem Zentrum des palästinensischen Bewusstseins. Doch die Heimat für über 200 000 Palästinenser befinde sich in einem Belagerungszustand. Die Universitätsdozentin und ehemalige Ministerin Hanan Ashrawi bezeichnete die Entwicklung in Jerusalem als den Lackmus-Test für den Friedensprozess; in der heiligen Stadt entscheide sich, ob Friede überhaupt möglich sei. Sie verurteilte die andauernde Unterdrückung, die Ungerechtigkeiten und die Diskriminierungen, denen die Palästinenser ausgesetzt seien.

In zahlreichen Voten wurde die Lage in Israel und den palästinensischen Gebieten mit der Situation während der Apartheid in Südafrika verglichen. In der Sicht des Völkerrechtlers Colm Campbell von der Universität Ulster in Nordirland sind alle Massnahmen der israelischen Besatzungsmacht null und nichtig, solange der Chef der palästinensischen Autonomieregierung, Arafat, nicht einen endgültigen Vertrag unterschrieben hat. Sollte dies aber geschehen und von der Uno-Generalversammlung anerkannt werden, sei der Konflikt erledigt. Der Rabbiner Jeremy Milgrom von der Organisation Clergy for Peace bezeichnete den Alleinvertretungsanspruch Israels auf die heilige Stadt als religiös nicht haltbar. Die Verbindung von Religion und Nationalismus, wie von der Nationalreligiösen Partei propagiert, sei mit dem Judentum nicht vereinbar.

Der Knessetabgeordnete Azmi Bishara sprach sich gegen die Gründung eines palästinensischen Staats aus, obwohl ihm klar sei, dass dieser ausgerufen werde. Im Kampf der Palästinenser sei es viel wichtiger, die Gunst der Weltöffentlichkeit zu gewinnen. Der sogenannte Friedensprozess sei zutiefst ungerecht. Israel und die Vereinigten Staaten würden in den kommenden Monaten so viel Druck auf Arafat ausüben, dass dieser die ihm aufgezwungenen Bedingungen akzeptieren werde. Für Ghassan Khatib, Direktor des Jerusalemer Medien- und Kommunikationszentrums, ist die Frage der Staatsgründung nebensächlich. Die Bevölkerung wollte viel eher wissen, was mit Jerusalem, den jüdischen Siedlungen und den Flüchtlingen geschehe. Doch eine Staatsgründung habe den Vorteil, dass die Palästinenser endlich Bürger eines Staates würden. Der Konflikt werde damit zu einer nationalen Aufgabe. Israel sei mit seiner Politik gescheitert, einen Keil zwischen die Bewohner Ostjerusalems und der anderen besetzten Gebiete zu treiben.

Mit welchen Herausforderungen es die palästinensische Führung zu tun hat, zeigte der holländische Kartograph und Planer Jan de Jong. Anhand von detaillierten Karten und am Beispiel des östlich von Jerusalem gelegenen Dorfes Anata erläuterte er die Strategie israelischer Siedlungstätigkeit in diesem Teil Cisjordanien. Seine Angaben zeigten ein für die Palästinenser höchst ungünstiges Szenario auf. Ob die palästinensische Führung an diesen Fakten interessiert ist, darf bezweifelt werden, da sie offiziell an der Konferenz nicht vertreten war. Es ist zu erwarten, dass eine israelisch-palästinensische Einigung trotz vertraglicher Festlegung nicht automatisch auch zu einem Ende des Konfliktes führen wird.